

Antrag

der Fraktion der CDU/CSU

Politikwechsel für Deutschland – Soziale Marktwirtschaft statt grüner Planwirtschaft

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Bundestag stellt fest:

In der aktuellen Wahlperiode hat sich die wirtschaftliche Lage Deutschlands drastisch verschlechtert. Die deutsche Volkswirtschaft ist 2023 um 0,3 % geschrumpft. Auch im Jahr 2024 dürfte sie um etwa diesen Wert zurückgehen. Das Kieler Institut für Weltwirtschaft stellt „massive Standortschwächen“ fest und korrigierte im Dezember seine Prognose deutlich nach unten und erwartet nun auch für 2025 kein Wachstum mehr. Insgesamt lag das Wachstum in Deutschland in den Jahren 2021 bis 2024 bei etwa der Hälfte des EU-Durchschnitts. Im Vergleich zur Vor-Corona-Zeit 2019 ist das BIP in Deutschland bis 2024 insgesamt nur um 0,3 % gestiegen, in allen anderen G7-Staaten dagegen um mehrere Prozentpunkte (USA: 12 %). Deutschland ist damit das Schlusslicht unter den G7-Industriestaaten. Wären die durchschnittlichen Wachstumsraten der Jahre von 2014 bis 2019 auch weiterhin erreicht worden, so läge das Bruttoinlandsprodukt heute um satte 10 % höher. Dies entspricht über 400 Mrd. Euro. Insbesondere die Industrieproduktion hat sich nach Corona nur kurz erholt und nimmt seither stetig ab. Sie liegt 10 % unter dem Wert von Ende 2019. Der deutsche Industriesektor koppelt sich damit von der weltweit wachsenden Industrieproduktion ab. Deutsche Unternehmen investieren immer mehr im Ausland als im Inland, seit 2021 sind netto mehr als 250 Mrd. Euro aus Deutschland ins Ausland abgeflossen. Zahlreiche große Unternehmen kündigen Stellenabbau an und die Arbeitslosenzahlen steigen (bspw.: Deutsche Bahn 30.000 Arbeitsplätze; ZF 14.000; Continental 13.000; Thyssen 11.000; SAP 5.300; Bosch 3.760; Tesla 3.000; Ford 2.300; Vodafone 2.000; Webasto 1.600; Evonik 1.500).

Die Regierung Scholz konnte sich weder auf eine realistische Lageeinschätzung noch auf wirksame Maßnahmen einigen. Sie zerbrach am Ende an der Herausforderung, Deutschland wieder auf Wachstumskurs zu bringen. Während Bundeskanzler Olaf Scholz Wachstumsraten wie „in den 1950er und 1960er Jahren“ ankündigte und sich noch im April 2024 für „zwei Turnaround-Jahre“ lobte, widersprach Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck, ein Turnaround sei nicht geschafft, und der damalige Finanzminister Lindner fand dies „peinlich und gefährlich“.

Vor diesem Hintergrund konnte sich die Ampel-Regierung auch nicht auf Reformen einigen. Im Gegenteil: Die Ampel entschied sich im Frühjahr 2023 – inmitten der größten Energiekrise der Nachkriegszeit – gegen eine Weiternutzung der noch am Netz befindlichen Kernkraftwerke. Diese hätten bei dem knappen Stromangebot zur Stabilisierung der Strompreise beigetragen. Gleichzeitig hielt die Regierung Scholz unverändert an der Energiewende fest, obwohl die Planungen auf das weggefallene günstige russische Gas als Brückentechnologie setzten. Den notwendigen Ausbau

von Gaskraftwerken hat die Ampel dennoch nicht auf den Weg gebracht. Das von der Ampel eingeführte Bürgergeld setzt keine Arbeitsanreize, die aus dem Ufer laufenden Kosten belasten den Bundeshalt. Mit dem Heizungsgesetz verunsicherte die Bundesregierung nicht nur Bürger und Gewerbe, sondern schaffte ein bürokratisches Monster. Laut Jahresbericht 2024 des Normenkontrollrats ist der laufende Erfüllungsaufwand für Bürger, Wirtschaft und Verwaltung seit 2021 von ca. 11 auf 27 Mrd. Euro gestiegen.

Statt Wachstumsturbo und Wirtschaftswunder erlebte Deutschland Dauerstreit, neue Steuern für Landwirte, planwirtschaftliche Eingriffe und Durchhalteparolen. Mit einer „transformativen Angebotspolitik“ wollten Scholz und Habeck nach ideologischen Vorstellungen Kapital und Arbeitskräfte in bestimmte Wirtschaftsbranchen lenken. Die Bilanz der damit verbundenen Subventionspolitik ist verheerend. Egal, ob Halbleiterindustrie, Stahlindustrie, E-Autos oder andere Branchen – dort, wo sich der Bundeskanzler und sein Wirtschaftsminister eingemischt haben, sind die Projekte erfolglos. Diese Beispiele zeigen: Staatliche Mittel allein reichen nicht, um sich erfolgreich in Deutschland anzusiedeln bzw. zu wirtschaften. Kein Unternehmen ist gerne auf staatliche Finanzmittel angewiesen. Es benötigt wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen.

Anders als Olaf Scholz und Robert Habeck behaupten, lässt sich diese Entwicklung nur zu einem kleinen Teil auf den Krieg Russlands gegen die Ukraine und einer angeblich schwächelnden Weltwirtschaft zurückführen. Diese Faktoren betreffen auch andere Staaten, die mit einer anderen Wirtschaftspolitik reagiert haben und nun deutlich besser dastehen. Grund ist die gescheiterte rot-grüne Planwirtschaft.

Deutschland benötigt jetzt eine Wirtschaftspolitik, die die strukturellen Probleme des Wirtschafts- und Investitionsstandorts Deutschland angeht und auf gute Rahmenbedingungen für alle statt Förderung für manche setzt.

Dies entspricht dem Geist der Sozialen Marktwirtschaft, die unser Land in den letzten Jahrzehnten so stark gemacht hat. Die Unternehmenssteuerbelastung liegt im internationalen Vergleich an der Spitze und muss wieder auf ein wettbewerbsfähiges Niveau sinken. Dem Fachkräftemangel müssen wir entgegenwirken, indem wir Anreize für freiwilliges und flexibleres Arbeiten schaffen. Das Bürgergeld ist ein Irrweg und muss in dieser Form abgeschafft werden. Deutschland braucht eine verlässliche, bezahlbare und saubere Energieversorgung. Dazu müssen wir die verschiedenen Dimensionen des energiepolitischen Dreiecks aus Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Umweltverträglichkeit miteinander verbinden. Unternehmen gilt es von bürokratischen Lasten zu befreien, etwa durch Abschaffung des deutschen Lieferkettengesetzes – was der Bundeskanzler und der Bundeswirtschaftsminister der Wirtschaft zwar versprochen, aber nicht eingelöst haben – und durch eine Neuausrichtung der Politik der Europäischen Union auf Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft.

II. Der Deutsche Bundestag fordert:

Im Interesse der Wirtschaft sowie der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft zurückzukehren und wirksame Maßnahmen zu ergreifen, damit die deutsche Wirtschaft schnell aus der Rezession herausfindet, Unternehmen wieder in Deutschland investieren, gut bezahlte Arbeitsplätze erhalten und geschaffen werden, und Freiraum für Unternehmen entsteht.

Dazu gehört insbesondere:

1. Unternehmertum zu fördern und Maßnahmen zur Bürokratieentlastung zu ergreifen, indem
 - a. mit sofortiger Wirkung ein Belastungsmoratorium in Kraft gesetzt wird;
 - b. mit einer „Gründerschutzzone“ Unternehmen in der Startphase weitgehend von bürokratischen Vorschriften befreit werden;

- c. das deutsche Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz mit sofortiger Wirkung abgeschafft wird;
 - d. Planungs- und Genehmigungsverfahren in sämtlichen Bereichen beschleunigt werden;
 - e. sich auf europäischer Ebene ebenfalls für ein Belastungsmoratorium eingesetzt wird;
 - f. die Bemühungen zum Abschluss von Freihandelsverträgen und Rohstoffabkommen intensiviert und die Ratifizierung des EU-Mercosur-Abkommen rasch vorangetrieben werden;
2. die Unternehmenssteuerbelastung zu senken, indem
 - a. die Steuerbelastung für thesaurierte Gewinne schrittweise auf 25 Prozent gesenkt wird;
 - b. der Solidaritätszuschlag komplett abgeschafft wird;
 - c. der Rücktrag von Verlusten flexibel ausgestaltet und der Höhe nach ausgeweitet wird sowie die Mindestbesteuerung beim Verlustvortrag verringert und anschließend bis 2029 vollständig ausgesetzt wird;
 - d. die Agrardieselrückvergütung für Land- und Forstwirte wieder vollständig eingeführt wird;
 3. die Anreize für Beschäftigung und zur Arbeitsaufnahme zu stärken, indem
 - a. Überstundenzuschläge für Vollzeitbeschäftigte steuerfrei gestellt werden;
 - b. im Rahmen einer neuen Aktivrente die ersten 2.000 Euro Arbeitseinkommen im Monat für Rentner steuerfrei gestellt werden;
 - c. das gegenwärtige „Bürgergeld“ durch eine Neue Grundsicherung ersetzt wird, die den Vermittlungsvorrang wieder einführt und stärkere Sanktionen bei der Verweigerung von Arbeitsaufnahme vorsieht;
 - d. durch mehr Flexibilität bei der Arbeitszeiterfassung und durch Einführung einer wöchentlichen anstatt einer täglichen Höchstarbeitszeit mehr Flexibilität für Arbeitnehmer und Arbeitgeber ermöglicht wird;
 - e. für ausländische Fachkräfte eine digitale „Work-and Stay-Agentur“ eingerichtet wird, die Serviceleistungen wie Anwerbung, Arbeitsplatzvermittlung, Prüfung der Einreise-Voraussetzungen, Visavergabe und Aufenthaltstitel aus einer Hand anbietet; in den Auslandsvertretungen sind die Verfahren zur Visaerteilung für Fachkräfte zu beschleunigen und mit höchster Priorität zu bearbeiten;
 4. Deutschland energietechnisch wieder wettbewerbsfähig zu machen, indem
 - a. mit einer neuen Energie-Agenda dafür gesorgt wird, dass die Kosten der Energiewende durch mehr Effizienz deutlich sinken. Dafür braucht es eine Einhaltung des Prinzips „kein Ausstieg ohne vorherigen Einstieg“; Technologieoffenheit und Innovation, um alle Potentiale zu heben; pragmatische, praxistaugliche und kostengünstige Maßnahmen statt realitätsfremder Idealvorgaben; mehr Marktwirtschaft, um die Klimaziele zu erreichen und die Stromkosten spürbar zu reduzieren;
 - b. der Emissionshandel als Leitinstrument europäisch gestärkt und international vorangebracht, die Stromsteuer für alle auf das europäische Minimum gesenkt sowie die Netzentgelte reduziert werden;

- c. die technischen und finanziellen Bedingungen einer Wiederaufnahme des Betriebs der zuletzt abgeschalteten Kernkraftwerke unverzüglich geprüft werden.

Berlin, den [...]

Friedrich Merz, Alexander Dobrindt und Fraktion